



---

# Beschluss-Protokoll

**Amtsdauer 2013 - 2016**

## **14. Sitzung**

**Dienstag, 5. Mai 2015, 18.00 bis 20.20 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau**

|                   |  |
|-------------------|--|
| Vorsitz           | Ruth Schäfler (FDP)                    |
| Anwesend          | 28 Mitglieder                          |
| Entschuldigt      | Leo Cozzio (CVP)<br>Ruedi Manser (CVP) |
| Anwesend Stadtrat | 5 Mitglieder                           |

Entschuldigt

## **Traktanden**

- 14.01 Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2014; Genehmigung
- 14.02 Oberstufenzentrum Rosenau; Baukredit
- 14.03 Motion Remo Schelb (SVP) und Alfred Zahner (FLiG) „Anpassung Energiefondsreglement“
- 14.04 Motion Roland Seiler (SVP) „Stärkung der parlamentarischen Rechte bei Richtplänen, Sondernutzungsplänen und Planungszonen“
- 14.05 Postulat Florian Kobler (SP) „Parkplatzbewirtschaftung Gossau / Arnegg überarbeiten“
- 14.06 Interpellation Monika Gähwiler-Brändle (SP) „Waffenplatz Herisau-Gossau“
- 14.07 Seminarstrasse; Strassensanierung, Baukredit
- 14.08 Polizeireglement, 2. Nachtrag; Erlass

**14.01****Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2014; Genehmigung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. März 2015 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Jahresrechnungen 2014 der Stadtwerke und des Städtischen Haushaltes werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.*
2. *Der Ertragsüberschuss 2014 der Stadtwerke von CHF 2'288'281 wird in die Rückstellung für zukünftige Infrastrukturprojekte eingelegt.*
3. *Der Ertragsüberschuss 2014 des Stadthaushaltes von CHF 5'136'547 wird wie folgt verwendet:*
  - a. *Einlage in Reserve für Infrastrukturprojekte CHF 4'000'000*
  - b. *Zusatzabschreibungen*

|                    |               |                |
|--------------------|---------------|----------------|
| Planungen          | Kto. 1.1131xx | CHF 191'854.20 |
| Altes Gemeindehaus | Kto. 1.110342 | CHF 447'247.89 |
| Stadtbibliothek    | Kto. 1.110343 | CHF 497'444.72 |
4. *Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung genehmigt.*

Dem Geschäftsbericht hat der Stadtrat den Bericht über die Umsetzung der Entlastungsmassnahmen 2014 beigelegt. Über diesen Bericht ist keine Abstimmung nötig.

**Eintretensdiskussion:**

**Markus Mauchle, Präsident der Geschäftsprüfungskommission**, verliest den Bericht der GPK vom 1. Mai 2015.

*„1.0 Aufgabe GPK*

*Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen haben wir die Buchführung, die Jahresrechnung und die Amtsführung für das Rechnungsjahr 2014 sowie die Anträge des Rates geprüft.*

*1.1 Zuständigkeit*

*Für die Jahresrechnung und die Amtsführung ist der Stadtrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.*

*2.0 Buchführung*

*Die Prüfung der Rechnung erfolgte in Zusammenarbeit mit der externen Revisionsstelle BDO AG, St. Gallen. Diese prüfte die Buchführung und die auf den 31. Dezember 2014 abgeschlossene Jahresrechnung (Bestandes-, Laufende- und Investitionsrechnung) des Städtischen Haushaltes und der Stadtwerke nach dem Schweizer Prüfungsstandard. Die BDO bestätigt, dass sie die Anforderungen an die Fachkunde (Art. 56 Gemeindegesetz) und dass sie die Unabhängigkeit (Art. 54 Abs. 1 Gemeindegesetz) erfüllen und keine mit ihrer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen. Die externe Revisionsstelle stellt fest, dass die Jahresrechnung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.*

*3.0 Amtstätigkeit*

*Die Geschäftsprüfungskommission hat die Amtsführung des Stadtrates und der Verwaltung anhand von Protokollen, Berichten und Beschlüssen hinsichtlich der Rechtmässigkeit sowie bestimmungsgemäsem und zweckmässigem Vollzug stichprobenweise überprüft. Schwerpunktsprüfungen erfolgten auf Grund der Legislaturziel-Planung. Durch zusätzliche Befragungen von Behördenmitgliedern und Mitarbeitenden bekamen wir einen Einblick in die Tätigkeit der Behörden. Dem Stadtrat haben wir jeweils einen Visitations-Bericht pro Ressort überreicht.*

Im Departement Inneres/Finanzen/Kultur wurden das Finanzamt, die Stadtkanzlei und das Stadtpräsidium geprüft. Die Feststellungen, wie die Schaffung einer Redundanz des Leiters innere Dienste Stadtwerke, Visumsregelung Stadtentwicklung, Visualisierung Pachtverträge wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Im Departement Bau Umwelt und Verkehr wurde der Prozessablauf Schulanlage Haldenbüel, Organisation Abteilung Hochbau, Visum- & Finanzkompetenzen, Leitbild Hochbauamt und der Vergabe-Prozess Sporthalle Buechenwald geprüft. Es wurden keine Feststellungen vermerkt.

Im Departement Sicherheit und Versorgung wurde das IKS der Stadtwerke, der KEV-Prozess und die Geschäftsleitungsprotokolle geprüft. Die Feststellungen über das IKS wurden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen. Der Kanton St.Gallen wird im Frühsommer 2015 seinen Bericht im Fall KEV – Gossau abgeben.

Im Departement Jugend/Alter/Soziales wurden die Personalprozesse, die Kommunikation, das interne Kontrollsystem, die Abläufe im Asylwesen, die Schulsozialarbeit, die Pflegefinanzierung und die Übertragung des Altersheim Espel resp. des Betagten Zentrums Schwalbe in die Sana Fürstenland geprüft. Es wurden keine Feststellungen vermerkt.

Im Departement Bildung & Sport wurden das interne Kontrollsystem, das Projektmanagement, die Leistungsvereinbarung mit den Spielgruppen, die IT-Verantwortung und die fördernden Massnahmen geprüft. Die Feststellungen wie, Prozessregelungen, Projektarbeit - Analysen, Mitarbeiterkompetenz der Spielgruppen und IT-Kompetenz der Lehrer wurden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

#### 4.0 Jahresrechnungen

##### 4.1 Stadtwerke

Die Jahresrechnung 2014 der Stadtwerke schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 2'288'281.00 ab. (Voranschlag: Aufwandüberschuss CHF – 638'000.00). Der Stadtrat beantragt, dass der Ertragsüberschuss als Rückstellung für künftige Infrastrukturprojekte eingelegt wird (Vorfinanzierung FTTH).

##### 4.2 Stadt Gossau

Die Jahresrechnung 2014 des Städtischen Haushaltes schliesst mit einem Ertragsüberüberschuss von CHF. 5'136'546.81 ab (Voranschlag: Aufwandüberschuss CHF – 557'050.00). Der Stadtrat beantragt folgende Verwendung:

|  |                  |
|--|------------------|
| Einlage Reserve für künftige Infrastrukturprojekte | CHF 4'000'000.00 |
| Zusatzabschreibungen für:                          |                  |
| Planungen  | CHF 191'854.20   |
| Altes Gemeindehaus                                 | CHF 447'247.89   |
| Stadtbibliothek                                    | CHF 497'444.72   |

Die Besserstellung des Städtischen Haushaltes und der Stadtwerke ist sehr erfreulich. Insbesondere erfreulich ist, dass die Entlastungsmassnahmen ihre Wirkungen zeigen. Der Prozess der Optimierung von Entlastungsmassnahmen muss jedoch fortgeführt werden.

#### 5.0 Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht ist übersichtlich und informativ. Die Geschäftsprüfungskommission hat den Geschäftsbericht eingehend studiert und hinterfragt. Sämtliche Fragen konnten von den zuständigen Stellen beantwortet werden.

## 6.0 Anträge

Die Geschäftsprüfungskommission stellt folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnungen 2014 des Städtischen Haushaltes und der Stadtwerke seien zu genehmigen.
2. Die Verwendung der Ertragsüberschüsse, gemäss den Anträgen des Stadtrates, sei zu genehmigen.
3. Der Geschäftsbericht sei gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Lit. a) Gemeindeordnung zu genehmigen.“

**Felix Koller (FDP)** freut sich über den Bericht des Stadtrates zu den Entlastungsmassnahmen. Er fragt, ob die Einsparung beim Krankenpflegeverein eingefroren oder reduziert werden kann. Auch die Jahresrechnung 2014 hat besser als erwartet abgeschlossen. Zur Verwendung des Ertragsüberschusses ist die FDP nicht einverstanden. Die Verschuldung nimmt weiter zu. Die Rückstellung für Infrastrukturbauvorhaben ist nicht definiert, für welche Objekte diese gedacht ist. Er will den Ertragsüberschuss 2014 verwenden für Massnahmen, welche sofort Wirkung haben. Es sollen bestehende Bauten abgeschrieben werden, so dass die Rechnung 2015 unmittelbar profitiert. Wenn Einlagen für künftige Projekte gemacht werden, werden dem Stimmvolk tiefere Kosten vorgegaukelt. Er stellt Anträge für Zusatzabschreibungen auf

### Schulbauten

|            |                       |           |
|------------|-----------------------|-----------|
| Kto 110402 | Schulanlage Büel      | 300'000   |
| Kto 110404 | Gallusschulhaus       | 200'000   |
| Kto 110411 | Hirschbergerschulhaus | 1'500'000 |
| Kto 110415 | Schulanlage Otmar     | 1'000'000 |

### Tiefbauten

|        |                        |         |
|--------|------------------------|---------|
| 110172 | Ringstrasse Erneuerung | 700'000 |
| 110196 | Fenn-Geissberg         | 300'000 |

**Roman Steiger (CVP)** ist erfreut über den positiven Abschluss von Stadthaushalt und Stadtwerken. Die Steuerfusserhöhung war richtig, ansonsten könnten die Investitionen nicht getätigt werden. Die Fluktuationsrate bei den Stadtwerken ist zu hoch, Wissen geht verloren. Die Schule hat gut gearbeitet und den Sparauftrag erfüllt. Der GESAK-Bericht wird gespannt erwartet. Die vorgeschlagene Einlage von CHF 4 Mio. für Infrastrukturprojekte wird begrüsst.

**Stefan Harder (FLiG)** bedauert, dass trotz gutem Abschluss die Verschuldung zugenommen hat. Die Finanzierung der Bauten benötigt Geld, die Einnahmen müssen steigen und die Ausnahmen sinken. Ob die Massnahmen aus dem Entlastungsprogramm nachhaltig sind, wird sich weisen. Es werden hohe Investitionen anstehen, welche auch abgeschrieben werden müssen. Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen weiterhin attraktiv bleiben. Die Gewinnverwendung gemäss Antrag Stadtrat wird unterstützt.

**Monika Gähwiler-Brändle (SP)** sieht, dass der finanzielle Druck wächst. Die Sparmassnahmen des Kantons belasten nun die Gemeinden direkt. Die SP wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Attraktivität der Stadt zu erhalten. Es ist erfreulich, dass 4 Mio. für die Vorfinanzierung von Projekten zurückgestellt werden können. Die beantragten Überabschreibungen sind wohl möglich, im Hinblick auf das neue Rechnungsmodell aber zu hinterfragen. Sie unterstützt die Anträge des Stadtrates für die Gewinnverwendung.

**Désirée Baldegger (SVP)** bedauert, dass der Cashflow nicht ausreicht, um die getätigten Investitionen zu finanzieren. Viele Investitionen stehen noch an, und wir müssen uns fragen, wieviel wir uns leisten möchten. Eine Steuererhöhung ist nicht die Lösung. Die Entlastungsmassnahmen haben gegriffen, Einsparungen und Optimie-

rungen sind möglich und müssen konsequent fortgesetzt werden. Auch die KEV-Verpflichtungen konnten gut abgebaut werden. Die SVP ist für Eintreten und wird Anträge zur Gewinnverwendung stellen.

**Roland Seiler (SVP)** stellt Anträge zur Verwendung des Ertragsüberschusses. Es fehlen Angaben, für welche Objekte der Stadtrat die 4 Mio. Einlage für Infrastrukturanlagen verwenden will. Die SVP will stattdessen Abschreibungen tätigen, die Konti soll der Stadtrat bestimmen.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** orientiert über die Möglichkeiten für die Verwendung des Ertragsüberschusses: Zuweisung zum Eigenkapital, Einlage in Vorfinanzierung, oder zusätzliche Abschreibungen. Die Einlage in die Vorfinanzierung erleichtert die Finanzierung von Schulanlagen oder des Hallenbades. Zusätzliche Abschreibungen entlasten die Rechnung 2015. Bei Vorfinanzierungen werden die Kosten für Investitionen nicht vernebelt, es werden immer die vollen Kosten dargestellt, auch wenn die Projekte durch Vorfinanzierungen mitfinanziert werden. Der Cashflow der Stadt ist immer noch ungenügend, Fremdkapitalaufnahmen sind immer noch nötig. Zusatzeinnahmen müssen dort generiert werden, wo die Kostendeckung noch nicht gegeben ist. Er hält an den Anträgen des Stadtrates zur Gewinnverwendung fest.

#### **Detalldiskussion:**

##### **zu A3**

##### **Alfred Zahner (FLiG)**

Seite 121: Welche grösseren Investitionen bei Liegenschaften sind geplant?

**Stadtrat Stefan Lenherr** orientiert, dass verschiedene Gebäude den Erneuerungszyklus erreicht haben (z.B. Fürstenlandsaal, Rathaus). Die nötigen Massnahmen werden unternommen, um Folgeschäden zu vermeiden.

##### **zu A3**

##### **Alfred Zahner (FLiG)**

Seite 132: Im Biotop Espel wurde der Unterhalt auf das Minimum reduziert. Dies widerspricht der Schutzverordnung. Derzeit ist das Biotop in gutem Zustand. Kann das Biotop mit minimalem Aufwand erhalten werden? Entweder soll das Biotop aufgegeben oder richtig nach Schutzverordnung bewirtschaftet werden.

**Stadtrat Stefan Lenherr** will auch hier eine Beschränkung auf das Nötigste. Die Pflege geschieht mit Beizug eines Fachmannes. Die Verlandung des Biotops soll hinausgezögert werden.

#### **Abstimmung über die Verwendung Ertragsüberschuss**

Gegenüberstellung der Anträge Felix Koller (FDP) und der Anträge des Stadtrates:  
Die Anträge des Stadtrates obsiegen.

#### **Schlussabstimmung über die Anträge des Stadtrates**

Abstimmung über Anträge 1-4 des Stadtrates: Den Anträgen wird mehrheitlich zugestimmt.

**14.02****Oberstufenzentrum Rosenau; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. Dezember 2014 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erneuerung des Oberstufenzentrums Rosenau wird ein Baukredit von CHF 11'300'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
2. *Die Investitionskosten sind linear während 25 Jahren abzuschreiben.*

Die Baukommission stellt in ihrem Bericht vom 24. März 2015 verschiedene Änderungsanträge. Sie beantragt, folgende Optionen zu berücksichtigen:

- a) *Reduktion des Schulraumprovisoriums - Container (Minderkosten CHF 150'000)*
- b) *Verzicht auf die Erweiterung der Treppenanlage West vom Erdgeschoss in das Untergeschoss (Minderkosten CHF 100'000)*
- c) *Verzicht auf den Ausbau des Mehrzweckraumes im Untergeschoss (Minderkosten CHF 365'000)*
- d) *Verzicht auf Doppeltüren zwischen den Unterrichtsräumen im Erdgeschoss bis 2. Obergeschoss (Minderkosten CHF 75'000)*
- e) *Verzicht auf eine Akustikdecke in den Werkräumen im Untergeschoss (Minderkosten CHF 35'000)*
- f) *Reduktion der offen ausgewiesenen Reserve (Minderkosten CHF 108'000)*
- g) *Reduktion des Schulmobiliars (Minderkosten CHF 300'000)*
- h) *Verzicht auf Kleininventar (Minderkosten CHF 17'000)*
- i) *Ausführung Option Verstärkung Dachgeschoss für die spätere Aufnahme einer Photovoltaikanlage (Mehrkosten CHF 37'000)*

Mit diesen Änderungen verringert sich der Kreditantrag von CHF 11'300'000 um CHF 1'113'000 auf CHF 10'187'000. Die Baukommission stellt Antrag, diesem bereinigten Kredit zuzustimmen.

Der Stadtrat hat am 22. April 2015 seine Haltung zu den Anträgen der Baukommission bekanntgegeben. Er stellt den Antrag, die Kreditpositionen b) und c) im Gesamtkredit zu belassen. Den übrigen Anträgen der Baukommission stimmt der Stadtrat zu.

**Eintretensdiskussion:**

**Ernst Ziegler, Präsident der Baukommission**, verliest deren Bericht. Die Baukommission hat sehr intensive Beratungen hinter sich. Das Sanierungsprojekt wird als gut befunden. Mit den gewünschten Optionen des Stadtrates läge der Baukredit rund 40 % über der ursprünglichen Annahme. Er begründet die Änderungsanträge der Baukommission. Diese begrüsst insbesondere den Umbau der Hauswartwohnung in Schulraum, ebenfalls die Verschiebung der Sanitärzellen. Er beantragt, den bereinigten Baukredit von CHF 10'187'000 zu genehmigen.

**Reto Mock (CVP)** bestätigt den Sanierungsbedarf. Mit relativ geringem finanziellem Aufwand kann zusätzlicher Schulraum gewonnen werden. Der Ausbau des Raumes im Untergeschoss ist wünschenswert, aber nicht nötig. Er kann auch künftig in reduziertem Mass genutzt werden. Die CVP unterstützt die Anträge der Baukommission.

**Alfred Zahner (FLiG)** wollte in der Baukommission nie Abstriche zu Lasten der Schulqualität machen. Aus Sicht der FLiG ist der Antrag der Baukommission ausgewogen und unterstützenswert. Er kann nicht verstehen, weshalb der Stadtrat den Antrag der Baukommission nicht voll unterstützt. Im jetzigen Untergeschossraum genügt eine Renovation, ein Umbau ist nicht nötig. Die Raumhöhe bleibt ungenügend, es fehlen weiterhin eine natürliche Belichtung sowie WC-Anlagen.

**Marlies Eeg-Blöchliger (SP)** attestiert der Baukommission, dass sie sich die Arbeit nicht leicht gemacht hat. Die pädagogischen Überlegungen wurden immer einbezogen. Der Ausbau des Raumes im Untergeschoss ist wohl wünschenswert, aber nicht unbedingt nötig. Der Raum würde auch nach dem Ausbau nicht den Ansprüchen für Theater entsprechen. Kulturräume in unmittelbarer Nähe des OZ könnten mitbenützt werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag der Baukommission.

**Thomas Künzle (SVP)** unterstützt im Namen der Fraktion vollumfänglich die Anträge der Baukommission. Auch mit den beantragten Kürzungen können die Anliegen des Schulbetriebes vollumfänglich abgedeckt werden. Der Raum im Untergeschoss wird nur selten benützt, und Räume in der Umgebung können für Schulanlässe ebenfalls benützt werden. Für den Ausbau des Raumes im Untergeschoss fehlt das Bedürfnis, und es können hohe Kosten eingespart werden.

**Felix Koller (FDP)** ging ursprünglich von einer Kreditvorlage von rund 9 Mio. aus. Die vom Stadtrat vorgelegte Kredithöhe nicht akzeptabel. Die Baukommission hat das Machbare vom Wünschbaren getrennt. Der Gegenantrag des Stadtrates befremdet. Er ersucht, die Gegenanträge des Stadtrates abzulehnen.

**Schulpräsident Urs Blaser** nimmt Stellung. Er bedankt sich bei der Baukommission für die konstruktive Beratung. Er teilt grundsätzlich die Meinung zum Untergeschoss. Der Ausbau muss nicht im jetzigen Zeitpunkt realisiert werden, aber immerhin der Bau des Treppenhauses wäre richtig, um den nachträglichen Ausbau zu ermöglichen. Es ist bedauerlich, dass das Untergeschoss Opfer einer Sparmassnahme werden soll. Er nimmt die Zusatzanträge des Stadtrates zurück.

#### **Detalldiskussion**

Diese wird nicht gewünscht.

#### **Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem bereinigten Kreditantrag der Baukommission in der Höhe von CHF 10'187'000 wird einstimmig zugestimmt.

**14.03****Motion Remo Schelb (SVP) und Alfred Zahner (FLiG) „Anpassung Energiefondsreglement“**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 1. April 2015.

Das Präsidium beantragt die Einsetzung einer Vorberatenden Kommission. Es liegen folgende Vorschläge vor:

|      |                       |           |
|------|-----------------------|-----------|
| SVP  | Remo Schelb           | Präsident |
| FliG | Alfred Zahner         | Mitglied  |
| SP   | Marlis Eeg-Blöchliger | Mitglied  |
| CVP  | Markus Mauchle        | Mitglied  |
| FDP  | Sandro Contratto      | Mitglied  |

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

**14.04****Motion Roland Seiler (SVP) „Stärkung der parlamentarischen Rechte bei Richtplänen, Sondernutzungsplänen und Planungszonen“**

Grundlagen ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 1. April 2015 mit folgenden Anträgen:

1. Die Motion wird in ein Postulat mit vorstehendem Wortlaut umgewandelt.
2. Das Postulat wird erheblich erklärt.

**Roland Seiler (SVP)** begründet seine Motion. Er möchte, dass Entscheide konsequent nach Gesetz gefällt werden. Durch Mitentscheid des Parlamentes werden willkürliche Entscheide vermieden. Die Stellungnahme des Stadtrates ist umfangreich ausgefallen. Er stimmt dem Antrag des Stadtrates zu, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

**14.05****Postulat Florian Kobler (SP) „Parkplatzbewirtschaftung Gossau / Arnegg überarbeiten“**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. Januar 2015 mit folgendem Antrag:

*Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.*

**Florian Kobler (SP)** begründet sein Postulat. Er steht nach wie vor hinter dem Postulatstext, zieht aber das Postulat zurück. Mit dem vom Stadtrat in Aussicht gestellten Bericht ist der Zweck des Postulates erfüllt. Die Stadt Gossau hat bei der Regelung der Parkplatzbewirtschaftung Nachholbedarf. Die Regelungen sind sehr unterschiedlich, die Tarife sehr günstig. Es sind möglichst rasch konsequente und klare Gebühren festzulegen. Die SP behält sich weitere Vorstösse vor, um den Umsteigeeffekt zu fördern.

**14.06****Interpellation Monika Gähwiler-Brändle (SP) „Waffenplatz Herisau-Gossau“**

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 21. Januar 2015.

Die Interpellantin Monika Gähwiler-Brändle erklärt sich mit der Antwort des Stadtrates einverstanden. Das Thema Immissionen des Waffenplatzes kann nicht schubladisiert werden und muss von der Armee behandelt werden. Die UVP-Studie 1988 hat Recht behalten, die Immissionen haben zugenommen. Der Waffenplatz wird betreffend Lärmschutzsanierung als Pilotprojekt behandelt. Die Frist für die Sanierung ist 31.2025. Die SP wird die Entwicklung aufmerksam verfolgen.

**14.07****Seminarstrasse; Strassensanierung, Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. Dezember 2014 mit folgendem Antrag:

*Für das Gesamtprojekt Seminarstrasse, Strassensanierung, Erneuerung Werkleitungen und der Sanierung Bachdurchlass wird ein Kredit von CHF 1'217'000 inkl. MwSt. gewährt.*

Die Baukommission beantragt am 9. März 2015 Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

**Ernst Ziegler (SVP)** begründet als Präsident der Baukommission deren Antrag. Mit der Sanierung der Sporthalle Buechenwald hat die Seminarstrasse gelitten, und der Durchlass für den Bach ist nicht genügend gross. In der Baukommission wurde auch diskutiert, die Einmündung in die Herisauerstrasse zu verbessern. Hier ist aber Landerwerb nötig, was kaum möglich ist.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag des Stadtrates wird zugestimmt.

**14.08****Polizeireglement, 2. Nachtrag; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 1. April 2015 mit folgendem Antrag:

*Der 2. Nachtrag zum Polizeireglement wird erlassen.*

**Fredi Mosberger (CVP)** stellt fest, dass faktisch auch über eine Stellenaufstockung abgestimmt wird. Die Kosten für die Stadtpolizei liegen bereits heute über dem Budget. Das Polizeireglement geht indessen in die richtige Richtung. Aber im Bereich Sicherheit ist bei der Ressourcenplanung Zurückhaltung zu üben.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag des Stadtrates wird mehrheitlich zugestimmt.

**Ernst Ziegler (SVP)** gibt nach 14-jähriger Tätigkeit im Parlament seinen Rücktritt per 31. Mai 2015 bekannt. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Stadtrates, des Parlamentes und der Verwaltung für die gute und lehrreiche Zusammenarbeit, speziell auch in seiner Funktion als Präsident der Baukommission.

Die Präsidentin



Ruth Schäfler

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 8. Mai 2015 genehmigt.